

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Insertionspreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,50 M., bei Platzvorschrift 2,30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1,70 M. Reklame-Kolonelle 7,50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Ein reaktionärer Oberbürgermeister in Berlin.

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern die Wahl des Oberbürgermeisters vollzogen. Als Sieger ging der Rämmerer Böh mit 109 Stimmen aus der Wahl hervor. Unser Kandidat, Genosse Dr. Wehl, vereinigte 95 Stimmen auf seine Person.

Obwohl die sozialistischen Parteien in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, ist, anscheinend mit rechtssozialistischer Unterstützung, ein Bürgerlicher zum Oberbürgermeister gewählt worden, der bisher nicht das geringste Verständnis für die Sorgen und Nöte der Arbeiterschaft an den Tag gelegt hat. So werden durch die Zersplitterung des Proletariats, durch das Zurücktreten der Rechtssozialisten vor einer energischen proletarischen Politik und durch die Demagogie der Kommunisten, die sich nicht scheuen, aus Prinzipienreiterei die Interessen der Arbeiterschaft in die Hände zu lassen, der Bourgeoisie Machtpositionen in die Hände gespielt, die wir bereits fest in Händen hatten.

Freilassung der schlesischen Rechtspulschiffen.

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Breslau wird unterm 20. Januar gemeldet: Die in Waldenburg auf Grund der Enthüllungen unserer Parteipresse verhafteten Rechtspulschiffen sind von der Staatsanwaltschaft bis auf einen sämtlich wieder aus der Haft entlassen worden. Diese erstaunliche Maßnahme findet ihre Begründung in der Aussage eines Zeugen, wonach die militärischen Pläne nicht offenbaren, sondern defensiven Charakter getragen hätten.

Durch diese Meldung scheint folgende Meldung des B. B. überholt zu sein:

Berlin, 20. Januar. (Amtlich.) In dem Ermittlungsverfahren, das gegen die Führer der in Waldenburg aufgedeckten Organe eingeleitet worden ist, haben sich inzwischen die Hauptbeschuldigten, nämlich der Kreis-Geschäftsführer St. der R. a. D. Müller und dessen Stellvertreter, St. d. R. Macianga, ebenso der Fabrikant Krull dem Gericht gestellt. So daß nunmehr alle neun Beschuldigten, gegen die Haftbefehle erlassen sind, in Haft sind.

Abbau der Einkommensteuer?

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Reichsfinanzminister trägt sich, wie die Zentrums-Parlamentarier zuverlässig hört, um der Entwertung der Einkommen, namentlich der niedrigen Einkommen der Arbeiter-, Beamten- und Angestellten-schaft Rechnung zu tragen, mit dem Plane eines zeitgemäßen Abbaues der Einkommensteuer. Einzelheiten über die Absichten der Regierung können zur Zeit noch nicht mitgeteilt werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen wird man gut tun, diese Einzelheiten abzuwarten. Bis jetzt hat noch jede „Neuregelung“ der Steuerbefehle nicht mit einer Entlastung, sondern mit einer neuen Belastung der minderbemittelten Schichten geendet.

Protest der bayerischen Gewerkschaften gegen den Ausnahmezustand.

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) München, 20. Januar. Der Widerstand gegen die Reaktion in Bayern nimmt mehr und mehr an Schärfe zu. Die Gewerkschaften Nordbayerns hatten zu heute eine Vertreterkonferenz nach Nürnberg einberufen, um gegen den Ausnahmezustand Protest zu erheben.

Kommunistische Politik.

Schwerin, 20. Januar. Die Mecklenburgische Zeitung meldet: In der heutigen Vormittags-Sitzung des Landtages gab Ministerpräsident Stelling die angekündigte programmatische Regierungserklärung ab, in der er sich u. a. scharf für ein Verbot der Selbstschutz-Organisationen aussprach. Hierauf stellte Abgeordneter Anebnusch (DntL.) den Antrag auf Auflösung des Landtages, der von den Kommunisten unterstützt wurde. Der Landtag vertagte sich sodann auf heute nachmittags 3 Uhr.

Am 19. Januar ist mit Hilfe der Kommunisten eine rechtssozialistische Regierung gebildet worden, am 20. stimmen die Kommunisten mit den Deutschnationalen für die Auflösung des Landtages, um die sozialistische Regierung zu beseitigen. — Grundtätliche kommunistische Politik!

Kiew wieder in russischem Besitz.

Paris, 20. Januar. Wie Russe Union meldet, ist es nach einer Nachricht der Zwetschka den roten Truppen gelungen, das von aufständischen Bauern besetzte Kiew wieder zu befreien. Am Dnjepr sollen die Aufständischen noch die Stadt Kanew halten.

Deutschland zu vorläufigen Wiedergutmachungszahlungen bereit.

Berlin, 20. Januar. Am 18. d. M., abends, hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris, Dr. Mayer, aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die Frage der Reparation besprochen.

Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, Deutschland habe bisher immer daran festgehalten, daß seine gesamte Schuld festgesetzt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könnte. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei das insofern möglich, als das deutsche Volk dann immer noch kein Ende absehe und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe sich die deutsche Regierung auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden seien, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur für eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht instande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe (3 Milliarden Goldmark jährlich. Ann. d. Red.) und anders als in Natura zu leisten.

Ministerpräsident Briand gab daraufhin seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

Der Kongreß der italienischen Sozialisten.

Berlin, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Mailand wird berichtet: Mit den Reden Serratis, des Direktors des Avanti, und Turatis, des Altmeisters des italienischen Sozialismus, hat der Sozialistenkongreß von Livorno gestern nachmittags seinen Höhepunkt erreicht. Die Niederlage der unversöhnlichen Kommunisten scheint befestigt. Serrati schilderte, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Härte Moskau auf seinen 21 Punkten bestche, besonders auf der Austreibung aller gemäßigten Elemente der Partei, und wandte sich an die rechtsstehenden Elemente in der Partei mit der Aufforderung, sich offen zum Kommunismus zu bekennen.

Dann trat Turati für die Einheitlichkeit der Partei in einer wirkungsvollen Rede ein, indem er es als eine Freiheitsberaubung hervorhebt, wenn die Diktatur des Proletariats eingeführt werde. Gewalt werde nicht benötigt, wenn die Mehrheit durchbringe. Die bürgerlichen Klassen Italiens fürchten nicht so sehr die Gewalt, wie den geschichtlichen Fortschritt des Proletariats. Der Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die jetzige Krise der gemäßigten Richtung über kurz oder lang den Sieg bringen werde. Großer Beifall begrüßt den Schluß der Rede.

Bombacci befürwortete die Loslösung der Kommunisten von den Sozialisten, indem er die russischen Zustände verherrlicht. Zum Schluß zieht der Parteisekretär Geninari die gemäßigten Mitglieder einer zu großen Hinnahme zum Bürgertum, wurde aber von Modigliani energisch widerlegt.

Noch keine Lösung der Finanzfragen in Riga.

Warschau, 19. Januar. (OE.) Dombolski und Joffe haben in den letzten Tagen mehrere Konferenzen abgehalten, darunter eine unter Teilnahme des polnischen und des russischen Vorsitzenden des Ausschusses für Finanz- und Wirtschaftsfragen, Obolenski und Strahburger. In der letzten Sitzung des Ausschusses ist von den Parteien auf polnischen Vorschlag beschlossen worden, um den Abschluß des Friedensvertrages zu beschleunigen, die genaue Berechnung der gegenseitigen Geldforderungen einem paritätischen Ausschuß zu übertragen, der in Warschau spätestens eine Woche nach der Ratifikation des Friedens zusammentreten soll. In derselben Sitzung sind jedoch neue Schwierigkeiten zutage getreten, da die russischen Delegierten der von den Polen vorgeschlagenen Berechnung in Goldrubeln nur in bezug auf Sachleistungen und Sachschäden zustimmen, dagegen die aus der früheren Zugehörigkeit Kongresspolens zum russischen Reich herrührenden polnischen Forderungen in derzeitigen Sowjetrubeln berechnet haben wollten. Da keine Verständigung erzielt werden konnte, wurde die Frage einem Unterausschuß überwiesen.

Der Lohn für Deutschlands Senkerdienste in Finnland.

Stockholm, 20. Januar. Nach einer finnischen Meldung hat Deutschland für die militärische Hilfe während des finnischen Aufstandes im Jahre 1918 neuerdings 80 Millionen Reichsmark Entschädigung verlangt. 65 Millionen sind bereits früher gezahlt worden.

Deutscher Adel deutscher Art.

Das vorrevolutionäre Preußen-Deutschland war in der ganzen Welt als die Domäne der adelichen Junker bekannt. Seit Jahrhunderten hatten die würdigen Nachfolger der ehemaligen Kauritter die Krone über den deutschen Völkern geschwungen und diese in der brutalsten Weise geknechtet und geschunden. Unbekannt sind sie in Preußen-Deutschland bis in die neuere Zeit die Regierenden gewesen. Auch die Könige oder Kaiser, die ja Blut von ihrem blauen Blute waren, betrachteten die „Edelsten und Besten der Nation“ in ihrem Innersten nur als Gleiche unter Gleichen, deren Hauptaufgabe die Wahrung der Junkerinteressen war. Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut! Selbst dann, als die Einigung der deutschen Staaten und Städtchen — ganz gegen den Willen der Junkerkaste — zustande gekommen war und mit der kapitalistischen Entwicklung auch in Deutschland die Bourgeoisie eine größere Bedeutung erlangte, haben es die Herren „von“ und „zu“ ausgezeichnet verstanden, sich im Staat und im Reich den überwiegenden und ausschlaggebenden Einfluß zu sichern.

Als im Jahre 1918 der alte preussisch-deutsche Obrigkeitstaat zusammengebrochen war, atmete das deutsche Volk endlich einmal auf, weil es glaubte, daß nun die Nacht seiner beiden schlimmsten Feinde, des Militarismus und des abligen preussischen Junkertums, mit den zwei Dugend Gottesgnadenmännern an der Spitze, gebrochen sei. Junkertum und Militarismus waren ja miteinander verwachsen wie ein Paar siamesische Zwillinge. Als der preussisch-deutsche Militarismus unter den Schlägen der Armeen der halben Welt — dank der glorreichen Politik der deutschen herrschenden Klasse konnte Deutschland seine Feinde ja nach Duzenden zählen — zusammenbrach, stürzten auch die bisherigen auserwählten Führer und Lenker des alten Staates vom Schauplatz ihrer Heldentaten. Der vorläufige Repräsentant der Adelskaste auf dem Kaiserthron ließ Thron und Post im Stich und flüchtete ins Ausland. Die Edlen aber, die hundertmal geschworen hatten, Blut und Leben für Kaiser und König einzusetzen, ließen die Throne ruhig stürzen und retteten sich eiligst vor der Empörung des gepeinigten Volkes auf ihre Schiffe. Mancher suchte sich selbst dort noch nicht sicher und suchte jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle Schutz vor der erwarteten Rache des Betrogenen und nicht zuletzt durch die Schuld der Junkerklasse ins Unglück gestürzten Volkes. Die Furcht der traurigen Helden war unübergründet. Das deutsche Volk hat ja nicht wie 1789 das französische die abligen Blutsauger zum Teufel gejagt und mit dem Adelspflaster ausgeräumt. In seiner unendlichen Langmut und Gütmütigkeit hat es seinen Peinigern kein Haar gekrümmt. Dafür erhält es nun die Quittung.

Die Adligen, die Junker haben sich wieder gesammelt und zeigen sich überall als Führer der wieder erstarkten Reaktion. Überall, wo reaktionäre Pläne geschmiedet, überall, wo Sturm gegen die letzten Rechte und Freiheiten des Volkes gerichtet wird, haben die Herren „von“ und „zu“ wieder ihre Hände mit im Spiel. So stark fühlen sie sich wieder, daß sie wie ehemals wieder ihre Adelsstage abhalten. Ganz wie früher wollen sie sich als besondere Klasse konstituieren. Dabei müssen sie freilich der Geldaristokratie Konzessionen machen. So mancher, der bis über die Ohren verschuldeten Edelmann hat ja sein verrottenes Wappenschild durch die bei der Heirat mit einem Töchterlein aus dem Stande „der einst so mihachteten „Arämer““ mitbekommenen Millionen neu vergolbet. Aber alle nicht unzweifelhaft „Deutschblütigen“ sollen aus ihren Reihen ausgeschlossen werden. Ein „Eisernes Buch deutschen Adels, deutscher Art“ soll ausweisen; wer allein würdig ist, der zu schaffenden „bewußt deutschen Aristokratie“ anzugehören, die dann die „Masse führen“ soll.

Jawohl, in ihrer schon oft bewundernten göttlichen Frechheit wagen es die Junker und Adligen heute wieder, sich als die berufenen Führer des Volkes aufzuspielen. Und warum sollten sie auch nicht? Deutsches Volk und deutscher Adel haben sich ja, wie ein „deutscher Edelmann“ in der Deutschen Zeitung so schön auseinanderlegt, immer so gut verstanden. Der Gegensatz zwischen Volk und Adel sei immer nur ein „leeres Schlagwort politischer Drahtzieher“ gewesen. Warum sollte das alte traute Verhältnis nicht wieder hergestellt werden? Man muß es im Wortlaut genießen, wie der Edelmann dieses schöne Verhältnis so rührend zu schildern weiß:

„Welch schönes Band brüderlicher Kameradschaft hat im Frieden und namentlich im Kriege alle umschlungen. Daran ändern nichts die geistlichen Entstellungen von Soldatenräten und deren Anhängern. Welch schöner patriarchalischer Geist herrscht zwischen der Landbevölkerung und den Gutshäusern, in denen wahrhaft adeliche Gesinnung gewohnt.“

Wahrlich, die Frechheit des preussischen Junkers wird ewig unerreicht bleiben! Jahrhundertlang hat die Junkerklasse ihre Peibegonen, die Bauern, das ganze Landvolk ausgezogen und gepeinigt. Unter der ihm vom abligen Gutsherrn aufgezwungenen Prohnenarbeit ist das Landvolk in allen Gauen Deutschlands zu-